

Der freundliche Hegemon? Indische Südasienspolitik zwischen *hard power* und *soft power*

Christian Wagner

Es gibt eine lange Diskussion über Indien als Regionalmacht, regionale Ordnungsmacht oder (regionalen) Hegemon in Südasiens.¹ Bereits der Blick auf die Landkarte offenbart die geographische Dominanz Indiens in der Region, die durch die Größe der Bevölkerung sowie durch die Ressourcen und die überlegene Militärmacht im Vergleich zu den Nachbarn unterstrichen wird. Konzepte wie Regional- oder Ordnungsmacht unterstellen, dass diese aufgrund ihrer überlegenen Ressourcen auch in der Lage ist, die Politik in den angrenzenden Staaten eigenen Vorstellungen entsprechend zu beeinflussen. Der Blick auf die indisch-pakistanischen Beziehungen zwischen 1998 und 2004, die in rascher Folge zwischen Krieg und Annäherung pendelten, sowie auf die indische Südasienspolitik in den neunziger Jahren werfen allerdings eine Reihe von Fragen hinsichtlich der These von der „Regionalmacht Indien“ auf. Kann Indien z.B. nach den pakistanischen Atomtests 1998 noch als Regionalmacht im Sinne militärischer Dominanz bezeichnet werden? Konnte Indien seine überlegenen Ressourcen nutzen, um die Nachbarstaaten zu seinen Gunsten zu beeinflussen?

Die Bedeutung von Regionalmächten lässt sich durch verschiedene Ansätze aus dem Bereich Internationale Beziehungen betrachten. Neorealistische Ansätze stellen die *hard-power*-Fähigkeiten von Staaten, besonders ihre militärische oder wirtschaftliche Stärke, in den Vordergrund, angrenzende Staaten zu ihren Gunsten beeinflussen und sich im Gegenzug vor unliebsamen Einflüssen von außen schützen

¹ Vgl. Unter anderem Rüländ, Jürgen, „Regionalmacht Indien? Südasiens und die neue Weltordnung“, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, (1994) 3, S.268-276; DeVotta, Neil, „Is India over-extended? When domestic disorder precludes regional intervention“, in: *Contemporary South Asia*, 12 (3), (September 2003), S.365-380; Mitra, Subrata K., „The reluctant hegemon: India’s self-perception and the South Asia strategic environment“, in: *Contemporary South Asia*, 12 (3), (September 2003), S.399-417.

zu können.² Daneben sind in den vergangenen Jahren zunehmend die *soft-power*-Aspekte von Macht betont worden, die eine stärkere Verbindung zu liberal-institutionellen Ansätzen haben. Als zentrale Ressourcen gelten hier kulturelle Anziehungskraft, Ideologie und internationale Institutionen, mit deren Hilfe ein Staat darauf hinwirkt, dass andere Staaten das Gleiche wollen.³

Für außenpolitische Bereiche wie Sicherheit, Herrschaft und Wirtschaft ergeben sich damit unterschiedliche Strategien. Idealerweise setzen Regionalmächte in der „unfreundlichen“ Variante der *hard power* auf eine eher konfrontative Politik. Im Bereich Sicherheit verbinden sich damit militärische Drohgebärden und Interventionen, im Bereich Herrschaft werden eher diplomatische Zwangsmittel eingesetzt und im Bereich Wirtschaft können u.a. Sanktionen dazu dienen, Interessen gegenüber den Nachbarn durchzusetzen. Demgegenüber zeichnet sich die „freundliche“ Variante der *soft power* durch eine eher kooperative Politik aus, die im Bereich der Sicherheit auf friedliche Mittel zur Konfliktregulierung abzielt, im Bereich Herrschaft u.a. die gemeinsamen Wertvorstellungen betont und in der Wirtschaft den Handelsaustausch fördert. Idealtypische Gegenüberstellungen dieser Art weisen in ihrer außenpolitischen Umsetzung zahlreiche Schattierungen auf. In Bezug auf Indien soll dieses Raster deshalb anhand der bi- und multilateralen Beziehungen zu den Nachbarstaaten überprüft werden. Des Weiteren muss eine konzeptionelle, innenpolitische Ebene hinzutreten, die nach den regionalspezifischen Prämissen indischer Außenpolitik fragt.

Dabei ist das Argument, dass sich eine Verlagerung indischer Regionalpolitik von *hard power* zu *soft power* auf konzeptioneller, bi- und multilateraler Ebene beobachten lässt. Während in den siebziger und achtziger Jahren klassische *hard-power*-Strategien neorealistischer Prägung überwogen, haben in den neunziger Jahren *soft-power*-Aspekte an Bedeutung gewonnen. Der „unfreundliche“ Hegemon, der *regional bully*, bemüht sich immer mehr, ein „freundlicher“ Hegemon zu sein.

Diesem Wandel liegt kein altruistisches Motiv zugrunde, sondern er lässt sich auch in den Gesamtkontext indischer Außenpolitik und die Großmachtambitionen des Landes einordnen. Erstens bemüht sich Indien seit den neunziger Jahren, eine wirtschaftliche Großmacht zu werden. Ein friedliches regionales Umfeld ist eine wichtige Voraussetzung für ausländische Direktinvestitionen, die für die Entwicklung Indiens unabdingbar sind. Zweitens strebt Indien eine größere weltpolitische Rolle, u.a. durch einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN), an. Ein friedliches, regionales Umfeld wird dies fördern, zumal es Resolutionen der VN zu Kaschmir gibt, die von Indien nicht beachtet werden.

² Vgl. Waltz, Kenneth, *Theory of International Politics*, Reading 1979, S.191/192.

³ Vgl. Nye, Joseph S. jr., „Soft Power“, in: *Foreign Policy*, 80 (1990), S.166/167.

1 Die innenpolitischen Grundlagen indischer Regionalpolitik

Nehrus außenpolitische Konzeptionen fanden ihren allgemeinen Ausdruck in den fünf Grundsätzen der friedlichen Koexistenz, die erstmals in den Beziehungen zu China Mitte der fünfziger Jahre formuliert wurden. Sie beinhalten gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, Nichtaggression, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz.⁴ Angesichts der sicherheitspolitischen Probleme und der ungeklärten Grenzfragen sowohl in Kaschmir als auch gegenüber China erstaunte es, dass die indische Außenpolitik damit zunächst auf Strategien des Ausgleichs und der Zusammenarbeit und weniger auf eine militärische Aufrüstung abzielte. Bereits in den fünfziger Jahren gab es Stimmen, die eine stärkere Armee als wichtigste Voraussetzung für die nationale Sicherheit und die internationale Rolle des Landes sahen, doch konnten sich diese nicht gegen Nehrus Vorstellungen durchsetzen.⁵ Abgesehen von Pakistan hatten die Nachbarstaaten zunächst nur einen geringen Stellenwert im Vergleich zu Nehrus internationalen Ambitionen z.B. bei der Konfliktvermittlung in Südostasien, der Zusammenarbeit mit China oder dem Aufbau der Blockfreienbewegung.

Erst die militärische Niederlage im Grenzkrieg gegen China 1962 sowie die beiden Kriege mit Pakistan 1965 und 1971 führten zum allmählichen Ausbau der indischen Militärmacht und zu einem Umdenken der außenpolitischen Strategien gegenüber den Nachbarstaaten unter Premierministerin Indira Gandhi. Die nach ihr benannte, aber nie von ihr explizit formulierte Südasiendoktrin (auch: Indira-Doktrin) sah vor, dass innenpolitische Konflikte in den angrenzenden Staaten durch die Einbeziehung Indiens, nicht aber durch andere externe Großmächte oder internationale Organisationen beigelegt werden sollten.⁶ Diese Vorstellungen bildeten die Grundlage für die militärische Interventionen Indiens in Sri Lanka 1987 und auf den Malediven 1988.

Ein grundlegender Wandel indischer Außenpolitik erfolgte mit der Liberalisierung nach 1991. Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit rückten in den Vordergrund und prägten die Außenpolitik im regionalen und internationalen Kontext. So betonte Premierminister Rao „Look-East“-Politik Indiens neue Beziehungen zu den wirtschaftlichen erfolgreichen Staaten im asiatisch-pazifischen Raum, die bis

⁴ Vgl. Maxwell 1970, S.78-80.

⁵ Vgl. Bajpai, Girja Shankar, „India and the Balance of Power“, in: The Indian Study Group of International Affairs (ed.), *The Indian Year Book of International Affairs, 1952*, Madras 1952, S.1-87.

⁶ Vgl. Hagerty, Devin T., „India’s Regional Security Doctrine“, in: *Asian Survey*, 31 (April 1991) 4, S.351-363.

dahin nur eine untergeordnete Rolle in der indischen Außenpolitik eingenommen hatten.⁷

Wirtschaftliche Fragen rückten jetzt auch im Verhältnis zu den Nachbarn stärker in den Vordergrund. Außen- und Premierminister I.K. Gujral formulierte Mitte der neunziger Jahre eine eigene Doktrin: Erstens sollten die Beziehungen zu den Nachbarstaaten nicht mehr auf der Grundlage der Reziprozität gestaltet werden. Vielmehr sollte Indien aufgrund seiner Stärke und Überlegenheit mehr geben, als es von den Nachbarn im Gegenzug erhalten würde. Zweitens sollte kein Staat Südasiens sein Gebiet für Aktionen gegen einen anderen Staat zur Verfügung stellen. Drittens sollte es keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten geben. Viertens sollten alle Staaten Südasiens die territoriale Integrität und Souveränität der Nachbarn anerkennen. Fünftens sollten Konflikte durch friedliche bilaterale Verhandlungen beigelegt werden.⁸

Er sprach sich damit für eine „Politik der guten Nachbarschaft“⁹ aus, welche die Politik der Stärke und inneren Einmischung der Indira-Doktrin ersetzen sollte. Weniger Kriterien wie nationale Sicherheit, die noch zu Zeiten Indira Gandhis die Beziehungen zu den Nachbarstaaten geprägt hatten, als vielmehr wirtschaftliche Fragen sollten jetzt die bilateralen Beziehungen bestimmen. Damit erhielten regionale Zusammenarbeit und vertrauensbildende Maßnahmen einen deutlich höheren Stellenwert in der Außenpolitik als zuvor. Dieser neue Ansatz hatte in den neunziger Jahren eher eine kooperative als eine konfrontative Südasienspolitik Indiens zur Folge, von der aber die Beziehungen zu Pakistan anfänglich ausgeklammert blieben. Dem widersprechen auch nicht die Atomtests vom Mai 1998. Diese untermauerten die Großmachtambitionen der neuen, hindunationalistischen Regierung unter Führung der Bharatiya Janata Party (BJP) und richteten sich in erster Linie gegen China, nicht aber gegen Pakistan. Regionalpolitisch knüpfte die BJP an Gandhis Südasiensdoktrin an und betrachtete Südasiens als eine strategische Einheit in Sicherheitsfragen.¹⁰ Zudem erweiterte die BJP das regionale Sicherheitsinteresse Indiens auf das „südliche Asien“ (*Southern Asia*), wozu dem indischen Verständnis nach West-, Zentral- und Südostasien zählen.¹¹ Im Gegensatz zu diesen durchaus hegemonial zu nennenden Vorstellungen setzte die BJP aber stärker auf kooperative Strategien im Umgang mit den Nachbarn, wie die Versuche der Annäherung an Pakistan (Lahore 1999, Agra 2001, Srinagar 2003) sowie das Fehlen militärischer Interventionen in

⁷ Rao, P.V. Narasimha, *India and the Asia-Pacific: forging a new relationship*, Singapur (Singapore Lecture Series) 1994.

⁸ Vgl. Gujral, I.K., *A Foreign Policy for India*, ohne Ort 1998, S.37/38. Vgl. auch ohne Autor, „Our Neighbours and Our World“, Interview von I.K. Gujral in: *Frontline*, 4.-17. April 1997, S.12.

⁹ Vgl. Wieck, Hans-Georg, „Indiens Politik der guten Nachbarschaft“, in: *Außenpolitik*, (1997) 3, S.291-300.

¹⁰ Vgl. Singh, Jaswant, *Defending India*, Basingstoke 1999, S.146.

¹¹ Vgl. Singh, Jaswant, „India's Perspective on International and Regional Security Issues“, Vortrag 17. Januar 2001, Berlin, verteiltes Manuskript.

die Nachbarstaaten zeigten. Im Folgenden stellt sich die Frage, welchen Niederschlag diese regionalpolitischen Konzeptionen in den bi- und multilateralen Beziehungen zu den Nachbarn in Südasiens gefunden haben.

2 Die bilateralen Beziehungen

2.1 Pakistan

Die Unabhängigkeit Indiens und Pakistans 1947 und der kurz darauf einsetzende Konflikt zwischen beiden Staaten um die Zugehörigkeit Kaschmirs rückte regionale Fragen gleich ins Zentrum indischer Außenpolitik. Nehru setzte zunächst auf die VN, um eine Beilegung des Konflikts zu erreichen. Allerdings waren die verabschiedeten Resolutionen nicht im Interesse Indiens. Nehru selbst hatte zwar den Gedanken eines Referendums in Kaschmir ins Gespräch gebracht, doch zielte die indische Intervention bei den VN darauf ab, die aus indischer Perspektive pakistanische Aggression in Kaschmir zu verurteilen. Dies war jedoch nur ein Teil der Resolutionen, die zugleich den Beitritt Kaschmirs zur Indischen Union vom Oktober 1947 in Frage stellten.

In den fünfziger und sechziger Jahren kam es zu verschiedenen Verhandlungsrunden zwischen beiden Staaten über Kaschmir. Besonders bei den Gesprächen 1962/63 schien eine Umwandlung der Waffenstillstandslinie in eine internationale Grenze zum Greifen nahe. Dieser Kompromiss scheiterte jedoch, wie neue Dokumente zeigen, am parallel vereinbarten Grenzabkommen zwischen Pakistan und China, mit dem Pakistan Teile Kaschmirs an China abtrat.¹² Der Versuch Pakistans, den Kaschmirkonflikt 1965 im zweiten indisch-pakistanischen Krieg zu seinen Gunsten zu entscheiden, scheiterte.

Von besonderer Bedeutung ist der dritte indisch-pakistanische Krieg von 1971, bei dem sich Ostpakistan, dank der militärischen Intervention Indiens, von Westpakistan abspaltete. Der Krieg wurde zu einem militärischen Desaster für die pakistanische Armee. Die Kämpfe wurden vor allem in Ostpakistan ausgetragen, während es an der indisch-pakistanischen Grenze im Westen und in Kaschmir kaum Kampfhandlungen gab.¹³ Warum Indien seine militärischen Vorteile nicht nutzte, um die Kaschmirfrage zu seinen Gunsten zu entscheiden, bleibt unklar. Der damalige US-Sicherheitsberater Henry Kissinger erklärte, die USA hätten einen Flugzeugträger an den Eingang des Golfs von Bengalen geschickt, da sich die USA seiner Meinung nach vergeblich darum bemüht hatten, von Premierministerin Indira Gandhi eine Zusicherung zu erhalten, dass die Kampfhandlungen nicht auf Westpakistan ausgedehnt werden würden.¹⁴ Demgegenüber erklärte der frühere sowjetische

¹² Vgl. "U.S. did not buy Pakistani position in 1965", in: *The Hindu*, 18. März 2004.

¹³ Vgl. Sisson, Richard/Rose, Leo E., *War and Secession. Pakistan, India, and the Creation of Bangladesh*, Oxford/New York 1990.

¹⁴ Vgl. ohne Autor, "Kissinger against spread of n-arms", in: *The Hindu*, 9. Juni 1999.

Botschafter in den USA Dobrynin, dass Indira Gandhi selbst eine Ausweitung des Krieges abgelehnt und dies den USA über die diplomatischen Kanäle der Sowjetunion signalisiert hatte.¹⁵

Unabhängig hiervon boten die anschließenden Friedensverhandlungen mit Pakistan für Indien nichtsdestoweniger die einmalige Gelegenheit, die Kaschmirfrage ein für alle Mal am Verhandlungstisch zu seinen Gunsten zu entscheiden. Mit der Kapitulation der pakistanischen Armee war Indien zwar militärisch die uneingeschränkte Macht in Südasien, doch war der Vertrag von Simla 1972 politisch kein Zeugnis indischer Regionalmacht. Beide Seiten verständigten sich auf die Anerkennung der Kontrolllinie als einer De-facto-Grenze. Indien erkannte damit zugleich an, dass der Status Kaschmirs erst durch zukünftige Verhandlungen zu klären sei. Indien versuchte mit dem Vertrag, die Kaschmirfrage auf die bilaterale Ebene einzugrenzen, um dadurch dritte Parteien, seien es Großmächte oder internationale Organisationen, aus dem Konflikt herauszuhalten. Pakistan folgte hingegen dieser Interpretation des Vertrags nicht und betonte mehrfach, dass UN-Resolutionen Vorrang vor bilateralen Vereinbarungen hätten.¹⁶ Ebenso wurde in Simla wieder eine Umwandlung der Waffenstillstandslinie in eine internationale Grenze erörtert. Es gelang aber Premierminister Bhutto Indira Gandhi davon zu überzeugen, dass ein Verlust Kaschmirs nach der vorangegangenen Abspaltung Ostpakistans innenpolitisch nicht durchsetzbar sei und späteren Verhandlungen zwischen beiden Staaten vorbehalten bleiben solle.¹⁷

In Bezug auf Pakistan zeigen sich in der Zeit bis 1991 die Grenzen der indischen Regionalmacht. Zwar hatte Indien 1971 einen eindeutigen militärischen Sieg gegenüber Pakistan errungen, doch war es nicht in der Lage, den zentralen Konflikt zwischen beiden Staaten gemäß seinen Interessen zu entscheiden. Für eine potenzielle Regionalmacht war dies nur ein mäßiges Ergebnis. Selbst die Besetzung des Siachen-Gletschers Mitte der achtziger Jahre und der daraus entstehende neue Konflikt zwischen beiden Staaten oder das indische Brasstacks-Manöver 1987, das eine erneute diplomatische Krise mit Pakistan auslöste, brachten Indien keine entscheidenden Vorteile gegenüber dem Nachbarn. Die Versäumnisse, den Kaschmirkonflikt beizulegen bzw. die militärische Überlegenheit gegenüber Pakistan in politische Erfolge umzumünzen, rächten sich in den neunziger Jahren, als die Auseinandersetzung eine neue Dynamik erhielt und mehrere Krisen zwischen Indien und Pakistan verursachte.

Ausgangspunkt waren die Unruhen im indischen Jammu & Kaschmir (J&K) nach den Unregelmäßigkeiten bei den Landtagswahlen 1987, die Proteste muslimi-

¹⁵ Vgl. Dobrynin, A., *In Confidence*, New York 1995, S.142/143.

¹⁶ Vgl. Ghosh, Partha S., *From Legalism to Realism in Kashmir: Internationalising the Line of Control*, Heidelberg 2002 (Heidelberg Papers in South Asian and Comparative Politics, No.07).

¹⁷ Vgl. Mattoo, Amitabh, "Next Steps in Kashmir", in: Sawhny, Karan R. (ed.), *Kashmir. How far can Vajpayee and Musharraf go?*, New Delhi, 2001, S.27-44.

scher Oppositionsgruppen auslösten. Militante Gruppen erhielten Unterstützung durch den pakistanischen Geheimdienst Inter-Services Intelligence (ISI). Zugleich eskalierten die Auseinandersetzungen, da der ISI zunehmend ehemalige Mujahedin aus Afghanistan nach J&K einschleuste, die gegen die indischen Sicherheitskräfte kämpften. Damit setzte eine bis dahin nicht gekannte Militarisierung des Konflikts ein, deren Indien auch durch immer größere Truppenverbände nicht Herr werden konnte. Die Unterstützung militanter Gruppen in J&K durch pakistanische Stellen belastete die indisch-pakistanischen Beziehungen in den neunziger Jahren.

Zugleich erhielten die bilateralen Spannungen eine neue Qualität, da Pakistan seit Ende der achtziger Jahre ebenfalls über Atomwaffen verfügte, so dass mögliche kriegerische Auseinandersetzungen die Gefahr einer nuklearen Eskalation in sich bargen. Die Nukleartests vom Mai 1998 machten nicht nur die damit verbundenen Gefahren offensichtlich, sondern egalisierten zugleich Indiens bis dahin unangefochtene konventionelle militärische Überlegenheit gegenüber Pakistan. Die nukleare Aufrüstung brachte keine größere Stabilität, wie der Krieg in der Region Kargil im Sommer 1999 zeigte. Indien bekämpfte militante Gruppen, die unterstützt von Einheiten der pakistanischen Armee im Winter über die Kontrolllinie nach J&K eingedrungen waren. Im Verlauf der Kampfhandlungen griff Indien, wohl auf Drängen der Großmächte, aber nicht die Nachschubwege und Lager der Kämpfer im pakistanisch-kontrollierten Kaschmir an, da nicht abzusehen war, welche militärische Reaktion dies in Pakistan hervorrufen würde. Die nukleare Abschreckung schien zwar auf den ersten Blick zu funktionieren, doch hatte erst diese das Eindringen militanter Gruppen ermöglicht.

Selbst diese verkürzte Darstellung der wechselvollen Beziehungen zwischen beiden Staaten macht deutlich, dass es Indien als Regionalmacht nicht gelang, seine Interessen gegenüber Pakistan z.B. in der Kaschmirfrage trotz seiner früheren militärischen Überlegenheit und seiner Siege auf dem Schlachtfeld wie 1971 durchzusetzen. Die *hard-power*-Strategie konnte letztendlich nicht in politische Erfolge umgesetzt werden. Premierminister Gujral versuchte 1997, einen breit angelegten Dialog mit Pakistan in Gang zu setzen, um die bilateralen Probleme durch wirtschaftliche Annäherung und Verhandlungen anzugehen. Pakistan hat sich aber einer engeren Kooperation mit Indien lange widersetzt und wiederholt darauf beharrt, dass zunächst das Kaschmirproblem gelöst werden müsse, bevor über weitere Formen der Zusammenarbeit verhandelt werden könne. Deshalb hat Pakistan Indien bislang nicht den Status als Most Favored Nation (MFN) gewährt, mit dem die wirtschaftlichen Beziehungen verbessert werden könnten.

Die Bemühungen Indiens, den politischen Druck auf Pakistan im Rahmen des internationalen Kampfes gegen den Terrorismus nach den Anschlägen vom 11. September 2001 zu erhöhen, brachten ebenfalls keine Erfolge. Trotz der Unterstützung militanter Gruppen im indischen Jammu und Kaschmir durch den pakistanischen Geheimdienst und Armeekreise blieb Pakistan einer der wichtigsten Verbündeten

des Westens im Kampf gegen den Terrorismus.¹⁸ Das Angebot von Premierminister Vajpayee vom April 2003, den Dialog mit Pakistan wiederaufzunehmen, beendete diese Phase indischer Außenpolitik gegenüber dem Nachbarn, die in der Folge erneut auf eine politische und wirtschaftliche Annäherung setzte. Mit der im Januar 2004 verabschiedeten Agenda über Verhandlungen mit Pakistan hat sich Indien mit seiner Forderung nach einem breiten Dialog durchgesetzt, die *soft-power*-Strategie hat damit wieder die Oberhand gewonnen.

2.2 Bangladesch

Entsprechend den Vorstellungen der realistischen Schule verfolgen Regional- und Großmächte Macht- und Expansionsinteressen. Die Unabhängigkeit Bangladeschs 1971 und der militärische Sieg über Pakistan boten Indien die Möglichkeit, das frühere Ostpakistan der Indischen Union anzugliedern, zumal es bereits einen indischen Bundesstaat Westbengalen gab. Angesichts der notorischen Unruhegebiete im Nordosten Indiens, die nur durch einen schmalen Landstreifen zwischen Bangladesch und Nepal zugänglich sind, hätte dies beträchtliche strategische Vorteile gebracht.

Indien verzichtete aber aus verschiedenen Gründen auf diese Option und setzte stattdessen auf eine enge Zusammenarbeit mit dem neuen Staat. Bereits 1972 unterzeichneten Indien und Bangladesch eine Reihe von Verträgen, darunter den Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Frieden (März 1972) sowie zwei Handelsabkommen (März und Juli 1972). Der Freundschaftsvertrag räumte Indien Mitspracherechte in der Außen- und Sicherheitspolitik ein, so dass die Vormachtstellung der Indischen Union in Südasien weiter gefestigt wurde. Die erste im Dezember 1972 verabschiedete Verfassung Bangladeschs beruhte wie das indische Staatsmodell auf den Werten Säkularismus, Nationalismus und Demokratie. Bangladesch orientierte seine Wirtschaft an der indischen *mixed economy* mit umfangreichen staatlichen Kontrollen und Interventionen. Außenpolitisch wurden wie in Indien die Beziehungen zur Sowjetunion ausgebaut. Ironischerweise entwickelte sogar die Awami-Liga unter Premierminister Mujibur Rahman ähnlich zentralistische Tendenzen wie die Kongresspartei in Indien unter Indira Gandhi. Für die Zeit zwischen 1972 und 1975 lässt sich Indien als regionale Ordnungsmacht gegenüber Bangladesch einordnen. Allerdings kann unterstellt werden, dass die starke Ausrichtung am indischen Modell nach der umfangreichen Unterstützung Indiens von der politischen Führung Bangladeschs bereitwillig akzeptiert wurde.

Die instabile Lage in Bangladesch und der Militärputsch von 1975, bei dem Staatsgründer Mujibur Rahman ermordet wurde, veränderten jedoch die innenpolitischen Konstellationen. In den folgenden Jahren wandte sich die neue Militärführung zunehmend von Indien ab, öffnete sich dem Westen und intensivierte die Beziehungen zu China. Obwohl Indien noch bis 1977 vereinzelte bewaffnete Gruppen in ih-

¹⁸ Vgl. Kalyanaraman, S., "Operation Parakram: An Indian Exercise in Coercive Diplomacy", in: *Strategic Analysis*, 26 (Oct-Dec 2002) No 4, S.478-493.

rem Kampf gegen die neue Militärführung unterstützte, konnte es den innen- und außenpolitischen Kurswechsel in Bangladesch nicht verhindern.¹⁹ Eine Reihe bilateraler Probleme blieb bestehen, so der Streit um die illegale Zuwanderung von Bangladesch in die angrenzenden indischen Bundesstaaten oder der Streit um die Errichtung des Farraka-Stauwehrs am Unterlauf des Ganges in Westbengalen. Indien wollte damit der drohenden Versandung des Hafens in Kalkutta zuvorkommen, während Bangladesch die dadurch ausgelöste Wasserverknappung für seine Landwirtschaft und Industrie beklagte.

Der erneute Übergang zur Demokratie in Bangladesch nach 1991 verbesserte die bilateralen Beziehungen. 1996 unterzeichneten beide Staaten ein Abkommen über die Regulierung des Ganges, womit der Streit über das Farraka-Stauwehr im Sinne der Gujral-Doktrin mit Zugeständnissen an Bangladesch geregelt wurde. Allerdings blieben die bilateralen Beziehungen von den parteipolitischen Konstellationen abhängig. So verfügte die Awami-Liga über traditionell gute Beziehungen zu Indien, während die Bangladesh Nationalist Party (BNP) eine stärkere Abgrenzung gegenüber Indien betrieb. Dies zeigte sich u.a. bei der Frage der Erdgasexporte Bangladeschs nach Indien oder der Verfolgung terroristischer Gruppen, die im Nordosten Indiens agieren, aber ihre Rückzugsgebiete in Bangladesch haben sollen.

Auch in den bilateralen Beziehungen zu Bangladesch gelang es Indien kaum, seine Interessen dauerhaft durchzusetzen. Nach einer ersten erfolgreichen Phase unmittelbar nach der Staatsgründung setzte unter den Militärregimen seit Mitte der siebziger Jahre ein Prozess der außenpolitischen Emanzipation Bangladeschs von Indien ein, der auch in den neunziger Jahren fort dauerte. Beide Länder haben weiterhin eine Reihe ungelöster Probleme wie Einwanderung und Energieexport. In beiden Fällen ist es Indien bislang nicht gelungen, seine Position gegenüber Bangladesch dauerhaft durchzusetzen.

2.3 Die Himalayakönigreiche

Am deutlichsten lässt sich Indiens Bemühen, als Ordnungsmacht in der Region zu fungieren, gegenüber den Himalayakönigreichen Bhutan, Nepal und Sikkim aufzeigen. Durch eine Reihe von Verträgen mit Bhutan (August 1949), Nepal (Juli 1950) und Sikkim (Dezember 1950) setzte Indien die Politik der indirekten Kontrolle, die bereits erfolgreich von der britischen Kolonialmacht praktiziert worden war, fort. Dadurch sicherte sich Indien einen z.T. sehr weitreichenden Einfluss in den drei Staaten, die sich zur damaligen Zeit noch weitgehend von der Außenwelt abgeschottet hatten.²⁰ Angesichts der ungeklärten Grenzfrage mit China wollte Indien damit seine Einflussgebiete im Himalaya sichern.

¹⁹ Hossain, Ishtiaq, "Bangladesh-India Relations: Issues and Problems", in: *Asian Survey*, 21 (1981) 11, S.1122f.

²⁰ Ein Abdruck der Verträge findet sich u.a. in Lok Sabha Secretariat, *Foreign Policy of India. Texts of Documents 1947-59*, New Delhi 1959.

In Bhutan übernahm Indien die außenpolitische Vertretung des Landes, dessen innere Souveränität bis heute unangetastet blieb. Sikkim wurde zu einem Protektorat mit einem indischen Repräsentanten. Anfang der siebziger Jahre kam es zu Protesten gegen die Monarchie, die von in Indien agierenden Oppositionsgruppen unterstützt wurden. Die Monarchie willigte 1973 in einen neuen Vertrag ein, der Indien größere Mitsprache bei inneren Angelegenheiten einräumte. Nach Wahlen im selben Jahr kam eine proindische Regierung an die Macht. Diese führte 1975 ein Referendum durch, mit dem sich Sikkim als Bundesstaat der Indischen Union anschloss. Der Fall Sikkim taugt nur begrenzt als Beleg für indische Regionalmachtambitionen, da das Land bedingt durch die Verträge mit Großbritannien und Indien keinen eigenständigen Status besaß.

Gegenüber Nepal schränkten geheime Zusatzabkommen zum Freundschaftsvertrag vom Juli 1950, die erst Jahre später publik wurden, den außenpolitischen Handlungsspielraum der Monarchie zugunsten Indiens ein. Angesichts der innenpolitischen Auseinandersetzungen in dem Königreich sah sich Indien Ende 1950 zur Intervention veranlasst und vermittelte das sog. Dehli Settlement, mit dem die alte Rana-Dynastie abtrat und König Tribhuvan den Thron übernahm. Indien nutzte wiederholt die wirtschaftliche Abhängigkeit des Landes, um seinen Einfluss geltend zu machen, vor allem wenn die politische Führung, wie z.B. unter König Mahendra, versuchte, sich stärker an China zu orientieren. Allerdings verstanden es die nepalesischen Monarchen auch, die chinesische „Karte“ zu spielen, um größere Zugeständnisse von Indien zu erreichen.

Der Fall Nepal verdeutlicht, dass Indien vor allem sicherheitspolitische Interessen verfolgte und weniger an einer Ausweitung demokratischer Regierungsformen interessiert war. Viele Mitglieder der demokratischen Opposition Nepals agierten von Indien aus und verfügten über Verbindungen zu indischen Parteien. Doch hatte die indische Regierung kaum Interesse, sich aktiv für eine Demokratisierung Nepals einzusetzen. Die indische Wirtschaftsblockade 1989, die zum Sturz der absoluten Monarchie führte, hatte ihre Ursachen in dem Streit zwischen beiden Staaten über die Handels- und Transitverträge und war kein Mittel Indiens, einen Regierungswechseln in Nepal herbeizuführen.

Die Demokratisierung Nepals nach 1991 verbesserte zudem nicht die Beziehungen zu Indien. Angesichts der negativen Erfahrungen mit dem großen Nachbarn im Süden schrieb die nepalesische Verfassung die Beteiligung des Parlaments bei wichtigen außenpolitischen Fragen fest. Zudem wurde das Verhältnis zu Indien wie in Bangladesch zu einem Bestandteil der innenpolitischen Auseinandersetzung in Nepal. Indien kam in Fortführung der Gujral-Doktrin der nepalesischen Regierung Mitte der neunziger Jahre bei verschiedenen kleineren Konflikten entgegen. Das Abkommen über die gemeinsame Erschließung des Mahakali-Flusses von 1997 wurde von der nepalesischen Regierung positiv für die Interessen des Landes bewertet und der 1998 erneuerte Transitvertrag mit Indien enthielt bessere Bedingun-

gen für Nepal.²¹ Allerdings konnte auch dadurch das Misstrauen der Opposition und der öffentlichen Meinung gegenüber Indien nicht gemildert werden. Vor allem die Versuche Indiens, die wirtschaftlichen Beziehungen zu intensivieren, stießen auf Kritik, da nepalesische Verbände eine Dominanz indischer Unternehmen auf dem heimischen Markt fürchten.

Der seit 1996 schwelende Konflikt zwischen der maoistischen Guerilla und der nepalesischen Armee stärkte die gemeinsamen Interessen beider Staaten, da maoistische Untergrundgruppen in Indien zahlreiche Verbindungen nach Nepal haben. Indien unterstützte die nepalesische Regierung mit Waffen, Aufklärungstechnologie und Ausbildungsmöglichkeiten, um damit die Netzwerke der Maoisten zu zerstören. Die Entlassung der nepalesischen Regierung im Oktober 2002 durch den König und die damit verbundene Auflösung des Parlaments hatten kaum Proteste Indiens zur Folge. Wie in der Vergangenheit bestimmten in Indien eher die sicherheitspolitischen Erwägungen bezüglich Stabilität als politische Interessen an der Aufrechterhaltung der Demokratie das Verhältnis zu Nepal.

2.4 Sri Lanka

Die Beziehungen zum südlichen Nachbarn Sri Lanka waren ebenfalls nicht spannungsfrei. Ein erstes Problem bildete die von der srilankischen Regierung unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1948 veranlasste Ausbürgerung von Plantagenarbeitern indischer Abstammung. In langwierigen Verhandlungen, die in den fünfziger Jahren begannen und erst in den achtziger Jahren beendet wurden, konnte eine Lösung erzielt werden. Weitere Konflikte, wie der Streit um den Verlauf der Seegrenzen oder über die Zugehörigkeit der Insel Kachchathivu, konnten in den siebziger Jahren auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden. 1971 sandte Indien Truppen nach Sri Lanka, um die Regierung bei der Niederschlagung eines bewaffneten Aufstands zu unterstützen.

Der indische Anspruch, als Ordnungsmacht in Südasiens zu fungieren, wurde durch den Konflikt zwischen den Tamilen Sri Lankas und der Regierung in Colombo besonders herausgefordert. Diese bereits vor der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 schwelende Auseinandersetzung eskalierte Anfang der achtziger Jahre in einem offenen Bürgerkrieg zwischen der Armee und den Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE), die für einen eigenen tamilischen Staat im Norden und Osten Sri Lankas kämpften. Indien wurde in diese Auseinandersetzung involviert, da Tamilen nach Südindien geflüchtet waren und die LTTE Verbindungen zu politischen Parteien im benachbarten indischen Bundesstaat Tamil Nadu unterhielt.

Eine Reihe innen- und außenpolitischer Beweggründe veranlasste die Regierung von Indira Gandhi zu größerem Engagement in dem Konflikt. Zum einen suchte sie

²¹ Vgl. Khanal, Y.N., "Nepal in 1997. Political Stability eludes", in: *Asian Survey*, 38 (1998) 2, S.149/150; Rose, Leo R., "Nepal and Bhutan in 1999. Some Progress", in: *Asian Survey*, 40 (2000) 1/2, S.191.

innenpolitisch die Unterstützung tamilischer Parteien, zum anderen wollte sie eine Intervention externer Großmächte wie der USA in dem Konflikt verhindern.²² Um Druck auf die Regierung in Colombo auszuüben, den Tamilen politische Zugeständnisse zu machen, und um die militanten tamilischen Gruppen zu kontrollieren, wurden diese z.T. vom indischen Geheimdienst Research and Analysis Wing (RAW) ausgebildet. Indien vermittelte 1985 zunächst Gespräche zwischen der Regierung in Colombo und den tamilischen Rebellen in Thimpu, der Hauptstadt Bhutans. Angesichts der zunehmenden militärischen Eskalation warf die indische Luftwaffe im Frühjahr 1987 unter Missachtung der Souveränität Sri Lankas Hilfsgüter für die Zivilbevölkerung im Norden des Landes ab. Nach geheimen Verhandlungen unterzeichneten beide Regierungen im Sommer des Jahres den Indo-Sri Lankan Peace Accord, mit dem Indien versuchte, die Beilegung des Bürgerkriegs zu erreichen.²³

Nach der Intervention in Bangladesch 1971 war dies der weitreichendste Versuch Indiens, sich als Ordnungsmacht in Südasien zu profilieren. Das Abkommen sah u.a. vor, dass Sri Lanka eine neue Verwaltungsstruktur erhielt, die sich am indischen Modell orientierte. Zudem wurden im Norden und Osten des Landes Indian Peace Keeping Forces (IPKF) stationiert, die die LTTE und andere tamilische Guerillagruppen entwaffnen sollten. Der indische Einsatz endete mit einem politischen und militärischen Fiasko. Bereits wenige Wochen nach der Stationierung der IPKF zerbrach der Waffenstillstand mit der LTTE. Die indische Armee wurde in schwere Kämpfe mit der LTTE verwickelt und konnte mit Rücksicht auf die tamilische Zivilbevölkerung nicht ihre volle Kampfkraft einsetzen. Zudem brach im Süden des Landes ein bewaffneter Aufstand gegen das Abkommen und die Anwesenheit indischer Truppen aus, der sich gegen die Regierungspartei richtete. Nach der Wahl von Präsident Premadasa, der ein Gegner des Abkommens gewesen war, begannen im Frühjahr 1989 Verhandlungen über den Abzug der indischen Truppen. Die letzten Einheiten verließen im März 1990 die Insel, ohne dass der Konflikt einer Lösung näher gekommen wäre. Im Mai 1991 wurde Premierminister Rajiv Gandhi, der Architekt des indo-srilankischen Vertrages, durch ein Attentat der LTTE in Südindien getötet.

Waren die achtziger Jahre durch überdurchschnittliches Interesse Indiens an den Entwicklungen in Sri Lanka und entsprechendes militärisches Engagement geprägt, dann waren die neunziger Jahre eine Phase der Nichtbeachtung, obwohl der Konflikt in Sri Lanka andauerte und die Forderung der LTTE nach einem eigenen Staat Tamil Eelam weiterhin nicht in indischem Interesse lag. Die bilateralen Beziehungen waren in dieser Phase stärker auf den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen gerichtet. Beide Staaten zählten zu den Verfechtern einer stärkeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Südasien im Rahmen der SAARC. Angesichts der schleppenden

²² Vgl. Muni, S.D., *Pangs of Proximity. India and Sri Lanka's Ethnic Crisis*, New Delhi 1993.

²³ Vgl. Wagner, Christian, „Zurück in die Zukunft: Sri Lanka nach dem indo-srilankischen Beistandsvertrag von 1987“, in: *Asien*, (1990) 34, S.22-36.

Fortschritte vereinbarten sie ein Freihandelsabkommen, um ihre Beziehungen zu intensivieren.²⁴

Diese Strategie war weit von den früheren regionalpolitischen Ambitionen Indiens entfernt. So hatte Indien u.a. keine Einwände, als im Frühjahr 2000 Norwegen mit einer Vermittlung im Bürgerkrieg in Sri Lanka begann, und lehnte im selben Jahr eine Anfrage der Regierung in Colombo ab, srilankische Truppen aus dem Norden Sri Lankas zu evakuieren.²⁵ Anfang 2002 wies die indische Regierung das Ansinnen der LTTE zurück, ihre Chefunterhändler für die Verhandlungen im südindischen Chennai zu stationieren. Indien favorisiert zwar eine nationale Lösung zwischen Regierung und LTTE, hält aber weiterhin am Verbot der LTTE und an der Auslieferung der LTTE-Führung wegen des Attentats auf Rajiv Gandhi fest. Darüber hinaus beteiligt sich Indien am Wiederaufbau des Nordostens, wo die staatliche indische Ölfirma Tanklager in Trincomalee unterhält. Die Regierungen in Colombo und Neu-Delhi haben zudem Anfang 2004 ihre Beratungen über ein Verteidigungsabkommen intensiviert, das indische Rüstungslieferungen für Sri Lanka umfassen soll.

Gerade gegenüber Sri Lanka zeigten sich die neuen Parameter indischer Südasienspolitik in den neunziger Jahren besonders deutlich. Die Politik militärischer oder politischer Interventionen wurde durch zunehmende wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt. Im Unterschied zu den achtziger Jahren gibt es keine vergleichbaren indischen Vorstellungen in Bezug auf die mögliche Beilegung des Konflikts, obwohl davon ausgegangen werden kann, dass eine Lösung, die nicht in indischem Interesse liegt, keinen Bestand haben wird.

3 Multilaterale Zusammenarbeit in Südasiens

Trotz der Tatsache, dass die Staaten Südasiens seit ihrer Unabhängigkeit eine Reihe gemeinsamer Entwicklungsprobleme haben, entwickelten sich, bedingt durch die bilateralen Spannungen zwischen Indien und Pakistan, kaum Ansätze für eine multilaterale Zusammenarbeit. Der Colombo-Plan 1951 koordinierte die entwicklungspolitischen Anstrengungen der Geberländer, bildete aber keinen Ausgangspunkt für eine multilaterale Kooperation zwischen den Staaten der Region.

Eine Initiative für stärkere regionale Zusammenarbeit kam erst Ende der siebziger Jahre zustande. Sie wurde von Zia-ur Rahman, dem damaligen Präsidenten Bangladeschs, propagiert. Er wollte durch eine stärkere Zusammenarbeit der kleineren Staaten in der Region ein Gegengewicht zu Indien schaffen. Angesichts der bilateralen Spannungen verwunderte es, dass aus dieser Initiative 1985 die South Asian Association for Regional Cooperation (SAARC) unter Einbeziehung Indiens

²⁴ Vgl. Muralidharan, S., "Towards freer trade", in: *Frontline*, Vol.16, No.02, Jan. 16-29, 1999 (eingesehen am 13.2.1999).

²⁵ Vgl. "Colombo 'seeks' Indian help to rescue troops", in: *The Hindu*, 3. Mai 2000 (eingesehen am 4.5.2000); DeVotta 2003.

und Pakistans entstand. In beiden Staaten gab es Befürchtungen, dass bei einer möglichen Nichtteilnahme eine solche Organisation vom jeweils anderen Staat dominiert werden würde. Die Charta sah aber vor, dass Entscheidungen nur einstimmig getroffen und strittige Themen von der Agenda ausgeklammert werden. Die andauernden Spannungen belasteten die Organisation, so dass die SAARC im Unterschied zu Regionalorganisationen wie der ASEAN in Südostasien bis Anfang der neunziger Jahre kaum Erfolge erzielen konnte. Unter diesen Bedingungen waren bereits die Gipfeltreffen ein Erfolg als vertrauensbildende Maßnahme, sofern sie nicht bilateralen Spannungen, wie 1989 zwischen Indien und Sri Lanka, zum Opfer fielen. Von Bedeutung ist hier allerdings, dass Indien eine Organisation wie die SAARC nicht dominierte, sondern formal ein gleichrangiges Mitglied war.

Die Aktivitäten der SAARC erhielten einen neuen Schub in den neunziger Jahren. Mit der Liberalisierung in Indien verfolgten alle Staaten der Region eine gemeinsame, auf marktwirtschaftliche Reformen ausgerichtete Politik. Anfang der neunziger Jahre gründete die SAARC eine gemeinsame Kommission, um die Möglichkeiten verbesserter wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu sondieren. Das Ergebnis dieser Überlegungen schlug sich im 1995 verabschiedeten SAARC Preferential Trading Arrangement (SAPTA) nieder. Trotz der damaligen Spannungen zwischen Indien und Pakistan entschloss sich die pakistanische Regierung, das Abkommen zu ratifizieren. Allerdings konnte auch SAPTA nicht die strukturellen Probleme der regionalen Volkswirtschaften, wie z.B. die fehlende Komplementarität, überwinden. Der intraregionale Handel blieb gering und umfasste lediglich zwei bis drei Prozent des Gesamthandels. Das auf dem Gipfeltreffen in Islamabad im Januar 2004 unterzeichnete SAARC Free Trade Arrangement (SAFTA) sieht die Einführung einer Freihandelszone in Südasien ab 2006 vor, wobei den ärmeren Staaten längere Fristen für die Umsetzung eingeräumt werden. Wenngleich bei diesen Bemühungen um eine Ausweitung des regionalen Handels vor allem die Erfolge der ASEAN in Südostasien Pate stehen, so sollte nicht übersehen werden, dass die wirtschaftlichen und politischen Ausgangsbedingungen der SAARC-Staaten deutlich schlechter als in Südostasien sind.²⁶

Angesichts der durch bilaterale Spannungen immer wieder verzögerten Fortschritte im Bereich der regionalen Kooperation begann Indien mit einzelnen Staaten bilaterale Wirtschaftsabkommen über Freihandel zu schließen. Das erste Abkommen wurde 1999 mit Sri Lanka erzielt, Verhandlungen über ähnliche Abkommen sollen mit Nepal und Bangladesch geführt werden.

Indien hat durch seine Teilnahme an der SAARC verhindert, dass sich die kleineren Staaten zusammenschließen, doch dürfte diese Gefahr angesichts fehlender gemeinsamer Interessen nur gering gewesen sein. Die indischen Aktivitäten im Rahmen der SAARC nach 1991 unterstrichen die neuen wirtschaftlichen Ambitio-

²⁶ Vgl. Dosch, Jörn/Wagner, Christian, *ASEAN und SAARC: Entwicklung und Perspektiven regionaler Zusammenarbeit in Asien*, Hamburg 1999.

nen und die Schwerpunktverlagerung der indischen Außenpolitik auf eine *soft-power*-Strategie.

4 Regionalmacht Indien?

Die bi- und multilateralen Beziehungen ergeben ein gemischtes Bild für die These von der Regionalmacht Indien. Innenpolitisch war dieser Anspruch am stärksten in der Regierungszeit Indira Gandhis ausgeprägt und wurde von einer entsprechenden Politik in den siebziger und achtziger Jahren begleitet. Dieser Ansatz wandelte sich in den neunziger Jahren mit der Gujral-Doktrin, wobei außenpolitische Fehlschläge wie in Sri Lanka dazu ebenso beigetragen haben dürften wie die veränderten innenpolitischen Rahmenbedingungen nach 1991 und die neuen internationalen Konstellationen.

Der Höhepunkt indischer Regionalmacht lässt sich auf die erste Hälfte der siebziger Jahre datieren. 1971 hatte Indien erfolgreich in den pakistanischen Bürgerkrieg interveniert, Pakistan militärisch besiegt, Bangladesch zur Unabhängigkeit verholfen und schließlich die Regierung in Sri Lanka militärisch unterstützt. 1974 folgte der Beitritt Sikkims zur Indischen Union. Die indische Regionalmacht beruhte in dieser Phase eher auf der *hard power* militärischer Überlegenheit, während *soft-power*-Ressourcen wie wirtschaftliche Kooperation oder die Förderung demokratischer Werte kaum eine Rolle spielte.

Ursache hierfür war zum einen, dass die indische Regionalpolitik eher an Sicherheitsfragen orientiert war und demokratischen Erwägungen keinen großen Stellenwert einräumte. Das indische Staats- und Entwicklungsmodell galt anfänglich nicht nur für Bangladesch, sondern auch für die Oppositionsbewegungen in Sikkim und Nepal als nachahmenswert, doch schenkten die Entscheidungsträger in Indien dieser Ressource kaum Beachtung. Indien verhinderte weder den Übergang zu autoritären Regimen in Bangladesch (1975) und Pakistan (1977) noch förderte es den Übergang zur Demokratie in Pakistan (1988), Bangladesch (1991) und Nepal (1991). Zum anderen war die indische *mixed economy* stärker binnenwirtschaftlich ausgerichtet. Die Wirtschaftsstruktur der südasiatischen Entwicklungsgesellschaften sowie die zahlreichen bilateralen Konflikte hatten kaum regionale Handelsbeziehungen entstehen lassen, weshalb regionale Institutionen wie SAARC keine Priorität für Indien hatten.

Bis 1991 ist es Indien, abgesehen von den Staaten im Himalaya, kaum gelungen, über einen längeren Zeitraum hinweg die Politik in den Nachbarstaaten zu bestimmen oder bilaterale Konflikte im eigenen Interesse zu lösen. Natürlich konnten sich die kleineren Staaten bei bilateralen Konflikten nicht gegen Indien durchsetzen, aber auch Indien blieb als selbst ernannte Regionalmacht zu schwach, um eine Lösung zu seinen Gunsten durchzusetzen. Am deutlichsten zeigte sich dieses Manko in der Kaschmirfrage und in der fehlgeschlagenen Intervention in Sri Lanka. Aber auch gegenüber Bangladesch verfügte Indien nach dem Militärputsch von 1975 kaum über Möglichkeiten, den außenpolitischen Kurswechsel der Generäle zu beeinflus-

sen. Quantitativ betrachtet blieben die zeitlichen Phasen indischen Einflusses im Gesamtkontext der bilateralen Beziehungen vergleichsweise kurz. In Bangladesch umfasste dies nur die drei bis fünf Jahre zwischen 1972 bis 1975/77, in Sri Lanka die Zeit zwischen 1983 und 1990. Gemessen am Anspruch Indira Gandhis, eine regionale Ordnungsmacht zu sein, waren die Erfolge eher bescheiden.

Die Gujral-Doktrin kann als Versuch einer neuen, kooperativen indischen Regionalpolitik gelten, die expliziter als zuvor auf *soft power* setzt. Die BJP hat diese Politik fortgesetzt, wie u.a. mit SAFTA deutlich wurde. Zwar knüpfte sie ideologisch an Indira Gandhis Südasiendoktrin an, doch hat sie dem keine entsprechende Politik folgen lassen. Die BJP hat kaum eigene Vorstellungen über die Beilegung der innenpolitischen Konflikte in Nepal und Sri Lanka geäußert und trotz verschiedener Krisen mit Pakistan immer wieder den Dialog gesucht, wie in Lahore (1999), Agra (2001) und Srinagar (2003). Die umfangreichen Interventionen der USA und der internationalen Gemeinschaft in Nepal, Pakistan und Sri Lanka widersprechen zudem der früheren Prämisse einer Nichteinmischung externer Großmächte in Süd-asien. Demgegenüber setzte die BJP stärker auf eine Politik der klassischen zwischenstaatlichen Kooperation, z.B. durch die militärische Zusammenarbeit mit den Regierungen Sri Lankas und Nepals.

Der Übergang von der *hard-power*-Strategie der militärischen Intervention in den siebziger und achtziger Jahren zum *soft-power*-Ansatz der wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit in den neunziger Jahren hat Indien eher zu einem „freundlichen“ Hegemon gemacht, der allerdings weiter gegen sein negatives Image in den Nachbarstaaten ankämpfen muss. Der regionale Ordnungsanspruch der Indira-Doktrin förderte die Wahrnehmung Indiens als *regional bully*, die bis heute die innenpolitische Auseinandersetzungen in den Nachbarstaaten prägt und die Beziehungen mit Indien belastet. Ob der neue „positive Unilateralismus“²⁷ der indischen Regionalpolitik und der damit verbundene Wandel von der *hard-* zur *soft-power*-Strategie langfristig größere Stabilität für Süd-asien bewirken wird, bleibt allerdings abzuwarten.

²⁷ Vgl. Mohan, C. Raja, „India’s positive unilateralism“, in: *The Hindu*, 27. Oktober 2003.

Werner Draguhn (Hrsg.)

Indien 2004

**Politik
Wirtschaft
Gesellschaft**

Redaktioneller Beirat:
Prof. Dr. Michael von Hauff
Prof. Dr. Dietmar Rothermund
Dr. habil. Christian Wagner

Beiträge von:

| | |
|-----------------------|-----------------------|
| Beate Bergé | Peter Lehr |
| Joachim Betz | Hans Christoph Rieger |
| Dirk Bronger | Jakob Rösel |
| Jona Aravind Dohrmann | Dietmar Rothermund |
| Michael von Hauff | Michael Schied |
| Jörg Joswiak | Günter Schucher |
| Clemens Jürgenmeyer | Christian Wagner |
| Pia Kleis | Johannes Wamser |
| Elena Koch | Hans-Georg Wieck |
| Heinrich Kreft | Wolfgang-Peter Zingel |
| Oliver Lamprecht | |



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
Hamburg 2004

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje, M.A.
Satz und Textgestaltung: Christine Berg, M.A.

Gesamtherstellung: einfach-digital print edp GmbH, Hamburg

ISSN 1436-1841
ISBN 3-88910-306-5
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2004

| |
|--|
| <p>Indien 2004. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft / hrsg. von Werner Draguhn. – Hamburg : IFA, 2004. – 478 S. ISSN 1436-1841 ISBN 3-88910-306-5</p> |
|--|



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT
Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien. Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Nähere Informationen zu den Publikationen sowie eine Online-Bestellmöglichkeit bietet die Homepage: www.duei.de/ifa.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die kostenfrei recherchierbare Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde (www.duei.de/dok) eingegeben.

Anfragen zur Asienliteratur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: 040/42825-598 – Fax: 040/42825-512 – E-Mail: dok@duei.de).